

wichtigen Bereichen ohnehin zwingend braucht? So wird in der Schweiz darüber diskutiert, wie in den Schulen die Gewichte zwischen Englisch einerseits und den jeweils anderen Landes- und Amtssprachen andererseits zu verteilen sind. In Belgien lernt mancher Fläme lieber Englisch als das Französische der südlichen Landeshälfte.

Entscheidend zurückdrängen lassen wird sich das Englische in absehbarer Zeit in Europa nicht. Russisch hat seit der Wende seine zuvor durch politische Rücksichten erzwungene Stellung als erste, aber meist ungeliebte Fremdsprache im früheren Ostblock eingebüßt. Französisch wie Deutsch sind zwar Sprachen nicht nur eines Landes in Europa und haben ihre überregionale Bedeutung als Zweitsprache noch nicht verloren. Aber Französisch- bzw. Deutschkenntnisse sind inzwischen oft auf die ältere Generation beschränkt.

Dennoch wäre es für Europa problematisch, bliebe nur Englisch als kontinent-

weites Verständigungsmittel und selbstverständliche Zweitsprache übrig. Die wirkliche Begegnung mit anderen europäischen Ländern setzt zumindest eine gewisse Kenntnis der jeweiligen Sprache voraus. Über französische Kultur sollten sich Deutsche mit Franzosen nicht auf Englisch austauschen müssen, und umgekehrt.

Es bleibt also nur die Empfehlung, das eine zu tun und das andere deswegen nicht zu lassen: An soliden Englischkenntnissen führt für die meisten kein Weg vorbei; aber es muß in allen europäischen Ländern auch Ziel sein, die Kenntnis zumindest einer weiteren europäischen Sprache zu fördern, sei es die Sprache des jeweiligen Nachbarn oder eine der traditionsreichen europäischen Kultur- und Literatursprachen.

Die Vielfalt der Sprachen Europas ist nicht gefährdet. Im Gegenteil: Manche Regionalsprachen haben in den letzten Jahren einen starken Aufschwung ge-

nommen, anderen gilt heute zumindest größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt als früher. So ist z. B. Spanien heute offiziell ein mehrsprachiges Land; wie sich im nach wie vor zentralistischen und seit jeher von Staats wegen um die „Sprache der Republik“ besorgten Frankreich das Verhältnis zwischen Staatssprache und Regionalsprachen entwickelt, muß sich zeigen. Ohne Reibungsflächen in der Sprachenfrage wird es in den kommenden Jahren aber auch anderswo in Europa nicht abgehen. Was die Europäische Union betrifft, deren nächste Erweiterungsrunde bevorsteht: Hier wird man pragmatische Lösungen finden müssen, schon weil der Aufwand zu groß wäre, alle europäischen Verlautbarungen in alle Amtssprachen der künftig über 20 Mitgliedsländer der EU übersetzen zu lassen. Daß sich die Deutschen bzw. die deutschsprachigen Länder dabei für ihre Sprache einsetzen, muß kein Ausdruck mangelnder europäischer Gesinnung sein.

U. R.

Schuldenkrise: Kirchen werben für ein Erlaßjahr 2000

Die Schuldenkrise der „Dritten Welt“ hat nicht an Dramatik verloren (vgl. HK, Januar 1997, 30 ff.). Eine weltweite Bewegung aus Kirchen, kirchlichen und privaten Nichtregierungsorganisationen setzt sich für einen umfassenden Schuldenerlaß im Jahr 2000 ein. Der Wirtschaftsgipfel der G7/G8 in Köln war für die Kampagne ein wichtiges Etappenziel.

Über die Suche nach tragfähigen Lösungen für die nach wie vor dramatische Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt sei eine weltweite Bewegung entstanden, freute sich die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* in ihrer Stellungnahme zur internationalen Schuldenfrage, die sie wenige Wochen vor dem Kölner Wirtschaftsgipfel der G7-Staaten und Rußlands veröffentlichte. Die Menschenkette, die am

19. Juni das Kölner „Museum Ludwig“, den Tagungsort der Regierungs- und Staatschefs umschloß, war eine eindrucksvolle Manifestation dieser neuen Bewegung; nach Angaben der Veranstalter bestand sie aus über 30 000 „Gliedern“. Zeitgleich beteiligten sich knapp 10 000 an einer Kundgebung auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart, in deren Zentrum ebenfalls die internationale

Schuldenproblematik stand (vgl. ds. Heft, 404 ff.).

Die Menschenkette bildete zugleich den vorläufigen Höhepunkt einer dreijährigen Kampagne. In über 60 Ländern hatten sich Kirchen, kirchliche und private, national oder international operierende Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und zahlreiche andere entwicklungspolitisch engagierte Initiativen der „Erlaßjahr 2000“-Kampagne angeschlossen (vgl. HK, Februar 1999, 92 f.). In Deutschland waren es zuletzt fast 1700 Institutionen, weit über die Hälfte von ihnen sind kirchliche Gruppen, Organisationen und Einrichtungen. Ihr gemeinsames Ziel: ein weitreichender Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde im Jahr 2000.

Schon der Name der Kampagne mit dem weltweit einheitlichen Signet der zerbrochenen Sklavenkette verwies auf

die biblische Tradition, das israelitische „Jobel-Jahr“-Gesetz. Demnach soll jedes fünfzigste Jahr – durch den Ruf des Widderhorns, des „Jobel“, eröffnet – ein Erlaßjahr sein. Schulden sollen dann gestrichen, in Not verpfändeter oder verkaufter Boden an seinen ursprünglichen Eigner zurückgegeben und Sklaven freigelassen werden (Lev 25,10–11).

Zu diesem Bezug auf die biblische Tradition erklärt die Deutsche Kommission *Justitia et Pax*, die neben dem Appell zu einem Sofortprogramm für den Erlaß untragbarer Schulden auch Vorschläge zur Gestaltung eines neuen internationalen Schuldenmanagements unterbreitet: Es gehe nicht um simple Übertragung der dort entfalteten Regelungen, sondern darum, die in dem biblischen Text verdichtete Erfahrung von bedrohlichen Spaltungen einer Gesellschaft und von der Notwendigkeit ausgleichender Regelungen umzusetzen in internationale Lösungen, die der heutigen weltgesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Situation angemessen sind.

Ein Neuanfang für die ärmsten Länder der Erde

Fast siebzehn Millionen, etwa zur Hälfte im Süden und im Norden der Welt gesammelte Unterschriften konnte schließlich in Köln der Schirmherr der deutschen Kampagne „Erlaßjahr 2000“, der frühere Präsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates *Oscar Rodríguez Maradiaga*, an Bundeskanzler *Gerhard Schröder* übergeben. Die Sprecher der Kampagne zeigten sich zufrieden: Man habe nicht nur der internationalen Schuldenproblematik zu einem prominenten Platz auf der Agenda des Weltwirtschaftsgipfels verholfen, der ja auch noch brisante Themen wie die Rußlandhilfe oder den Wiederaufbau des Kosovo zu verhandeln hatte. Ebenso sei es gelungen, ein Dritte-Welt-Thema und ein hochkomplexes dazu einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen. Allein in Deutschland hatten über eine Million Unterzeichnende unter anderem erklärt, sich nicht damit abfinden

zu wollen, „daß mehr als eine Milliarde Menschen die Jahrtausendwende in lebensbedrohender Armut erleben – während ihre Länder wegen Auslandsschulden riesige Zahlungen an Regierungen und Banken im Norden sowie an die internationalen Finanzinstitutionen leisten“.

Bischof Rodríguez, der die Kampagne als lebendiges Beispiel einer politischen „Globalisierung von unten“ feierte, erinnerte bei der Übergabe der Unterschriften erneut an das sogenannte Londoner Schuldenabkommen von 1953, das die Auslandsverbindlichkeiten der jungen Bundesrepublik neu regelte: Deutschland sei ein gutes Beispiel dafür, so der Erzbischof von Tegucigalpa (Honduras), daß die Entschuldung eines Landes entscheidende Grundlage für eine Entwicklung werden könne, die heute sogar als Wirtschaftswunder bezeichnet werde. Auch die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben in ihrem im Oktober letzten Jahres veröffentlichten gemeinsamen Appell zu einer konsequenten Politik der Entschuldung armer Länder an das Londoner Schuldenabkommen erinnert.

Dagegen distanzierte sich beispielsweise der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) von beiden Rückbezügen: Der Vergleich mit dem Schuldenerlaß im Alten Testament sei nicht zulässig, da es hierbei ausschließlich um Schulden zwischen Privatpersonen gehe. Und auch das Londoner Schuldenabkommen taue nicht als Argument, da die gestrichenen deutschen Schulden indirekte Überreste aus den Reparationszahlungen aufgrund des Versailler Vertrags gewesen seien. Grundsätzlich mahnt der BKU in seiner kurz vor dem Weltwirtschaftsgipfel veröffentlichten Stellungnahme: Ein allgemeiner und undifferenzierter Schuldenerlaß ohne Berücksichtigung des Einzelfalls und Beachtung bestimmter Voraussetzungen sei ethisch weder zu vertreten noch gefordert, da er ohne Unterschied auch solche Länder begünstige, die in sträflicher oder fahrlässiger Weise mit den ih-

nen eingeräumten Krediten umgegangen seien.

Besonders im Apostolischen Schreiben „*Tertio Millennio Adveniente*“ von 1994 hat *Johannes Paul II.* alle Christen aufgefordert, sich anlässlich des Jubiläums 2000 und im Geiste des Buches Levitikus zur Stimme aller Armen der Welt zu machen, im Einsatz für eine Überprüfung, wenn nicht gar für einen erheblichen Erlaß der internationalen Schulden (Nr. 51). Das gleiche Anliegen unterstützten im vergangenen Jahr auch die Achte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Harare, die Lambeth-Konferenz der Anglikanischen Bischöfe und der Lutherische Weltbund.

Den gemeinsamen Ausgangspunkt dieses weltweiten und ökumenischen Engagements der christlichen Kirchen bildet dabei die Überzeugung, daß die Verschuldungsproblematik eben nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine „fundamental ethische Frage“ ist. Dies bekräftigten wenige Tage vor dem Weltwirtschaftsgipfel noch einmal 17 katholische Bischöfe aus G7-Staaten und Ländern der Dritten Welt in einem Appell an die Regierungschefs für einen raschen Abbau der Auslandsschulden armer Länder. Diesen „Kirchengipfel“ hatten das an der Kampagne federführend beteiligte Bischöfliche Hilfswerk *Misereor* und der internationale Zusammenschluß kirchlicher Hilfswerke *CIDSE* gemeinsam veranstaltet.

In der dem Bundeskanzler persönlich übergebenen „Kölner Erklärung“ begründeten die Bischöfe ihre Intervention: Es sei zwar grundsätzlich sicher richtig, daß Schulden bezahlt werden müssen. Auch wollten sie ihre Forderung nach Schuldenerlaß nicht verstanden wissen als Bewertung der Ursachen der Verschuldung, die sie sowohl bei den Gläubiger- wie in den Schuldnerländern sehen. Unrecht jedoch sei es in jedem Fall, „Zahlungen einzufordern, die zu politischen Entscheidungen zwingen, die ganze Völker in Hunger und Verzweiflung treiben“. Die Stimmen der Armen

seien nicht gehört worden, als die Kredite aufgenommen wurden, aber sie hätten letztlich die Schulden abgezahlt.

Entsprechend steht im Zentrum der kirchlichen Appelle und Interventionen die Forderung, jeder Schuldenerlaß müsse auch wirklich den Ärmsten zugute kommen. Kein Erlaß ohne Konditionen: Die freigewordenen Mittel müßten der Sicherung elementarer Bedürfnisse dienen, der gesundheitlichen Basisversorgung, der Bildung und einer grundlegenden Infrastruktur.

Für die Umwidmung der erlassenen Schulden zugunsten gesellschaftlicher, sozialer und auch ökologischer Ziele, für den Tausch von Schulden gegen Investitionen, setzen die kirchlichen Experten und Organisationen besonders auf das Instrument sogenannter *Gegenwertfonds*, wie sie etwa von der Schweiz seit Anfang der neunziger Jahre angewendet werden.

Damit freigewordene Gelder nicht etwa für Waffenkäufe oder Prestigeprojekte mißbraucht werden, drängen die kirchlichen Entschuldungsappelle besonders „auf Auf- und Ausbau von Teilnehmungsstrukturen und die Kontrolle durch eine starke Zivilgesellschaft“, so etwa das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in einer kurz vor dem Kölner Gipfel veröffentlichten Stellungnahme.

So entschieden der Einsatz der Kirchen für eine weitreichende Entschuldung der ärmsten Länder ist, so sehr betonen sie immer auch die Notwendigkeit weiterreichender Perspektiven: die Globalisierung der Solidarität, die grundlegende Orientierung des Globalisierungsprozesses am Gemeinwohl der ganzen Menschheit, auch der nachfolgenden Generationen. In diesem Sinne bindet etwa die Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ihren Entschuldungsappell ein in die Forderung nach einer „Weltordnungspolitik“, die entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen schafft.

Sprecher der Erlaßjahr-Kampagne und der an ihr beteiligten kirchlichen Grup-

pen und Organisationen sehen durchaus den Fortschritt in den in Köln von den G7-Regierungschefs gefaßten Beschlüssen zur Ausweitung und Beschleunigung der bereits vor zwei Jahren begonnenen, jedoch auch vielfach kritisierten Schuldeninitiative des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die 41 als „hochverschuldet und arm“ klassifizierten Länder: Voraussichtlich bis zu 36 dieser ärmsten Länder der Welt sollen nun Schulden in einem Umfang von bis zu rund 70 Milliarden Dollar erlassen werden, bilaterale und multilaterale Verbindlichkeiten sowie Handelsschulden.

Entschuldung zugunsten der ärmsten Bevölkerungsteile

Entschiedener noch wird der in Aussicht gestellte Erlaß geknüpft an die Bedingungen weitreichender wirtschaftlicher Reformen, des Auf- und Ausbaus demokratischer Strukturen und einer verantwortlichen Regierungsführung, der Einhaltung der Menschenrechte und der vorrangigen Armutsbekämpfung. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank sollen die Länder bei der Umsetzung der Programme zur Armutsbekämpfung und der Verwendung der eingesparten Gelder für das Gesundheits- und Bildungswesen unterstützen. Auch die für ein Land maximal tragbare Schuldenlast wurde neu festgelegt, das Verhältnis von Schulden und jährlichen Exporterlösen von bislang 200 bis 250 Prozent auf 150 Prozent reduziert. Auch verständigten sich die Regierungschefs auf eine Beschleunigung des Schuldenerlasses. Die den Entschuldungskandidaten auferlegte bisherige Frist von sechs Reformjahren ist von den Finanzministern der G7-Staaten im wesentlichen auf drei verkürzt worden. Über Dreiviertel der Länder soll bereits im nächsten Jahr entschieden werden.

Mit wachsendem Abstand zum Gipfelseschehen wuchs jedoch auch die Kritik. So heißt es in einem bilanzierenden Kommuniké der Kampagne: Ein wirk-

liches tragfähiges Schuldenniveau, welches die betroffenen Länder dauerhaft aus dem Teufelskreis immer neuer Umschuldungen entließe, sei mit den beschlossenen Maßnahmen nicht erreichbar; Nachbesserungsbedarf sei schon jetzt absehbar.

Enttäuscht waren die Kampagnenteilnehmer etwa über die Höhe des anvisierten Schuldenerlasses. Immer wieder wurde dazu auch Bundeskanzler Schröder zitiert, der frei bekannt hatte, daß es sich bei dem beschlossenen Schuldenerlaß um Geld handle, das längst verloren sei, weil Länder wie Mosambik oder Mali es ohnehin nicht zurückzahlen könnten.

Moniert wurde auch die als nach wie vor zu hoch eingeschätzte Belastungsgrenze: Die Kampagne hält nur einen Schuldenstand für zumutbar, der 50 Prozent der Exporterlöse eines Landes nicht übersteigt. Zu eng bliebe überdies der Schuldenerlaß weiterhin an die vielfach kritisierten Strukturanpassungsprogramme des IWF gebunden, obwohl doch der Reformbedarf bei der Gestaltung dieser Programme eingestanden worden sei. So beklagt die Kampagne auch die mit den Beschlüssen noch problematischer gewordene Doppelrolle des IWF, der multilateraler Gläubiger und zugleich zentrale Entscheidungsinstanz für die Definition und Überwachung der Reformprogramme ist.

Vor allem aber kritisierten Sprecher der Kampagne, der Weltwirtschaftsgipfel habe nichts getan, um die geforderte Reform des internationalen Schuldenmanagements im Sinne eines „Internationalen Insolvenzrechts“ auf den Weg zu bringen. Denn Schuldenprobleme lassen sich prinzipiell auch bei einer verantwortungsvollen Regierungsführung und höchster Vorsicht gegenüber Risikofaktoren wie Preisverfall bei Exporten oder Wechselkursschwankungen nicht völlig ausschließen. Daher drangen die an der Kampagne beteiligten Organisationen besonders vehement darauf, den Grundgedanken des Konkurs- und Vergleichsrechts oder auch des Pfän-

dungsschutzes in internationale Rechtsbeziehungen aufzunehmen.

Entsprechend wird die Kampagne künftig auf die Forderung nach einem internationalen Schuldenmanagement den Schwerpunkt legen. Ihre Arbeit ist mit dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel nicht abgeschlossen und soll in jedem Fall bis Ende des nächsten Jahres fortgeführt werden. Die deutsche Kampagne hat dazu die Führungsaufgabe innerhalb der weltweiten Bewegung an die japanischen Mitstreiter übergeben, denn das kommende G7/G8-Treffen im

Sommer nächsten Jahres wird in Okinawa (Japan) stattfinden.

Ein Knackpunkt bei der Umsetzung der Kölner Ergebnisse bleibt die Finanzierung; unter anderem soll der IWF zur Finanzierung zehn Prozent seiner Goldreserven verkaufen. Das Feilschen aber über die Lastenverteilung zwischen bilateralen und multilateralen Gläubigern hat bereits begonnen. Und keinesfalls unberechtigt ist die Sorge, die Finanzierung des Schuldenerlasses könne zu Lasten der ohnehin immer schmalen nationalen Etats für Entwicklungszusammenarbeit gehen. A. F.

Polen: Anstöße durch den Papstbesuch

Es war die längste Reise Johannes Pauls II. nach Polen, und sie wurde mit Spannung erwartet (vgl. HK, Juni 1999, 281 ff.). Unsere Polen-Mitarbeiterin Ulrike Kind (Robert-Schumann-Institut, Warschau) zieht eine Bilanz des Papstbesuchs im Juni.

Wer in der Zeit vom 5. bis 17. Juni 1999 zufällig nach Polen reiste, wird nicht lange gebraucht haben, um zu begreifen, daß im Land ein gewisser Ausnahmezustand herrschte. Es gab kaum ein Fenster ohne die kleinen gelb-weißen vatikanischen und rot-weißen polnischen Fähnchen, einem großen Bild des Papstes und zahlreichen Begrüßungsbändern: „Wir lieben Dich, Vater“, „Willkommen im Vaterland“, „Willkommen zu Hause“. Ein Unwissender mag auch auf eine weniger angenehme Art vom Besuch erfahren haben – in der jeweiligen Woiwodschaft, in der sich Johannes Paul II. aufhielt, herrschte für die Zeit absolutes Alkoholverbot. Zugleich scherzten böse Zungen, daß der Papst ruhig alle vier Wochen wiederkommen sollte, so würden in Kürze alle Straßen repariert und Häuser saniert sein. In Warschau waren zudem die Hauptstraßenzüge für fast drei Tage gesperrt, so wirkte die Stadt geradezu

geisterhaft. Viele waren aufs Land geflohen oder verfolgten vor ihrem Fernseher die Reise, um am Sonntag dann zur Messe auf dem Piłsudski-Platz in die Hauptstadt zurückzukehren.

Parlamentsbesuch als Höhepunkt

Die Tageszeitungen begleiteten den Besuch kontinuierlich und euphorisch. Am Tag der Ankunft lauteten die Begrüßungen auf der ersten Seite durchweg: „Willkommen, Heiliger Vater“, „Der Papst zu Hause“ oder „Johannes Paul II. ist unter uns“. Später berichteten die Zeitungen täglich auf den ersten Seiten über den hohen Gast, viele Predigten wurden dort ungekürzt abgedruckt und zugleich gab es unzählige Sondernummern, Bücher und sonstige Veröffentlichungen aus Anlaß des Besuches. Sämtliche Stationen der Reise wurden im Fernsehen live übertragen und die

Kosten für Fernsehwerbung waren in dieser Zeit erheblich höher.

Für die Polen war die sechste offizielle Pilgerreise des Papstes in sein Heimatland wieder ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung. Allein zehn Millionen Polen, somit theoretisch jeder vierte Staatsbürger, nahmen an den Messen, Gebeten und Treffen während der 13 Tage teil. Die Liebe der Polen zur Person „ihres“ Papstes ist wohl einmalig auf der Welt.

Der Papst genoß es aber auch sichtlich, wieder in seinem Heimatland zu sein, freute sich, in seiner Muttersprache Eucharistie feiern zu können, und der Ton zwischen ihm und der Menge war bestimmt von Vertrautheit, Herzlichkeit und Humor. Bei seinem Abschied aus Gliwice, wohin er auf Grund seiner Krankheit nur kurz und unerwartet gefahren war, entspann sich zwischen ihm und einer halben Million Gläubigen ein typischer Dialog:

Johannes Paul II.: Gott vergelt's! Gott belohne Eure heilige Geduld gegenüber dem Papst. Menge: Gute Gesundheit! Johannes Paul II.: Man sieht, der Schleier ist geduldig und hart. Ich könnte es ja mit so einem Papst nicht aushalten. Menge: Wir halten es aus! Johannes Paul II.: Erst soll er kommen, kommt aber nicht. Dann soll er wieder nicht kommen, aber kommt. Menge: Macht nichts! Johannes Paul II.: Na, das ist schön. Wenn es nichts macht, kann ich ja dann mit einem ruhigen Gewissen nach Rom fahren. Menge: Bleibe bei uns! Willkommen zu Hause! (...)

Mit großer Bestürzung reagierte die gesamte Bevölkerung auf die Erkrankung des Papstes während seines Aufenthaltes in Krakau. Für viele wurde die ohne ihn, aber ganz in Gedanken an den Papst gefeierte Messe zu einem besonders ergreifenden Ereignis. Cracovia semper fidelis – die Stadt, deren Erzbischof Johannes Paul II. bis 1978 war, reagierte mit Stille auf die Nachricht, daß der Papst die Eucharistiefeier nicht würde halten können, und Hunderttausende harrten unter dem Fenster seines Zim-